

sich in den kommenden Wochen nicht um Verhandlungen über den Inhalt des Vertrages, sondern ausschließlich um Verhandlungen über die Durchführung. Wenn daher die jetzige deutsche Geschäftsführung und die an der Formulierung des Gutachtens zur Mitwirkung beteiligten deutschen Wirtschaftsgruppen dem deutschen Volk noch glauben vorleben zu können, daß durch Verhandlungen über Einzelheiten des Gutachtens grundlegende Verbesserungen zu erzielen seien, so ist dies nichts weiter als eine Wiederholung der Erzberger'schen Methode, die öffentliche Meinung zu täuschen und die Entscheidungen auch von deutscher Seite aus unter einem künstlichen Druck zu setzen.

Demgegenüber ist es wie eine Befreiung zu begrüßen, daß der Reichs-Landbund die Dinge beim richtigen Namen nennt und den Gesamtplan der Sachverständigen in der vorliegenden Gestalt für unannehmbar erklärt. Aus dem Volksgedanken der Verantwortung, die der Reichs-Landbund damit auf sich nimmt, fordert er, daß die gesamte Grundlage der Verhandlungen von deutscher Seite aus durch einen entschlossenen Schritt neu gestaltet wird. Durch Gegenanträge, die auf die Anfänge des Dawes-Planes zurückgehen, bis zu jenem Ausgangspunkt, in dem man damals glaubte das internationale Kapital in einer Kreditation im großen Maßstab zu machen, um die Weltwirtschaft zu sanieren, ist es möglich, von deutscher Seite aus eine Grundlage zu tatsächlichen Verhandlungen zu schaffen unter Ausschaltung der durch den Druck Poincaré in den Plan hineingezwungenen Preisgabe letzter deutscher Hoheitsrechte. Lebte der Feindbund seinerseits dies ab, so ist die Lage in materieller Beziehung die gleiche wie jetzt, in technischer und moralischer Hinsicht und damit für die unausweichliche Revision des Prozesses anders und günstiger: Das deutsche Volk leistet nicht Beihilfe an seiner Gängelung und umfließet diese für den Gegner nicht mit dem Schein des Rechts, sondern die Aufrechterhaltung des Sachverständigenwerkes stellt sich in voller Radikalität als Gewalttat und Diktat.

Parteien und Wirtschaftsgruppen, die diesen Zusammenhang nicht erkennen und nicht den Rat aufbringen, daraus die gebotenen Folgerungen zu ziehen, verstoßen den Anspruch auf nationale Führung.

Um die Regierungsbildung.

m. Berlin, 20. Mai.

Da der Termin der Reichstagsberufung, die am den 27. Mai angelegt ist, näher rückt, nehmen die Verhandlungen hinter und vor den Kulissen um die Regierungsbildung ein schärferes Tempo an.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hatte an die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Reichstagswahlen Bezug genommen und eine Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung für den 21. Mai an Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei, nicht aber an die Demokraten zur Besprechung über die neuen Regierungsmöglichkeiten gerichtet wurde. Deutsche Volkspartei und Zentrum lehnten aber diese Einladung mit der Begründung ab, daß sie nicht verhandeln könnten, wenn die Demokraten dabei übergegangen werden sollten.

Im Reichstagsgebäude tagten heute fast alle Fraktionen und hielten Beratungen über die politische Situation ab. Bei der Deutschnationalen Partei wurde ebenso wie schon beim Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei die formelle Konstituierung durch Neuwahlen des Vorstandes bis zum Zusammenritt des Plenums aufgeschoben. Der bisherige Vorsitzende der Fraktion Abg. Herzog erstattete einen eingehenden Bericht über die schwebenden Fragen. In der Sitzung waren fast ausnahmslos sämtliche Mitglieder der Fraktion anwesend. Auch der Enkel des Reichstagspräsidenten Fürst Otto v. Bismarck nahm an der Sitzung teil. Die demokratische Fraktion beabsichtigt verschiedene Anträge beim Plenum einzubringen, und zwar über die Aufhebung des Beamtenabbaus und des Pensionsstärkungsgesetzes. Ferner verlangt die Fraktion die Vorlegung eines Journalistengesetzes und Einführung des Wahlgesetzes in Bezug auf Verteilung der Wahlkreise.

Fortsetzung des „Sanktions“-Unrechtes.

Französisch-belgische Gewaltpolitik im Rheinland

In schroffem Gegensatz zu aus Frankreich herüberfliegenden Schmalmeien von dem Vorherrschenden friedlicheren Gesinnungen in der neugewählten Kammer stehen die soeben bekanntwerdenden Gewalttaten der Besatzungsbehörde im Rheinland.

Die Düsseldorf Stadtverwaltung hatte sich geweigert, eine von den Franzosen neugeforderte Artilleriekaserne zu erbauen, da das Reich nicht gewillt war, die Kosten dieser Kaserne zu tragen. Der Stadt war aufgegeben worden, trotzdem am 17. Mai die Bauten zu beginnen. Der Bau ist am 17. Mai nicht begonnen worden. Infolgedessen sind die Franzosen dazu übergegangen, zunächst eine Reihe wichtiger Gebäude zu beschlagnahmen. Es sind dies das Werk 9 der Rheinmetall, das neuverbaute Werk Rheinstahl, mehrere Schlachthäuser, die gedeckte Reilbahn der Polizei an der Cäcilien-Allee, sämtliche Feuertürme für die Schupo errichteten Wohnungen, insgesamt 145, die Konzertsäle des Zoologischen Gartens und der gesamte Kunstpalast.

Der Kommandant der belgischen Ruhrarmee hat über die Stadt Duer wegen angeblichen Diebstahls einer auf dem Bahnhof aufgestellten belgischen Fahne folgende Emotionen über Duer verhängt: In dem Stadtkern Duer-Witte, einen Kilometer im Umkreis von der katholischen Kirche aus, sollen die Kaffees, Wirtschaften, Kinos und Konzertsäle für eine Zeit von fünfzehn Tagen geschlossen sein. Vom 20. Mai bis 5. Juni wird die belgische Fahne aufgestellt auf folgenden öffentlichen Gebäuden: Bahnhof, Schupo-Kaserne und zwei Schulen. Vom 20. Mai bis 5. Juni werden alle Geschäfte der Einwohner von Duer für Versammlungen, Gesellschaften, Erlaubnischeine jeder Art verweigert werden.

Politische Rundschau

Reichsregierung und Schlageterfeier.

Eine offizielle Veröffentlichung äußert sich zu den Blättermeldungen, der Reichskanzler habe sich aus außenpolitischen Gründen gegen eine Schlageterfeier unter freiem Himmel in Berlin gewandt, im Reichskabinett habe aber keine Einmütigkeit geherrscht. Der Reichskanzler habe überhaupt keine Veranlassung gehabt, sich mit der in Frage stehenden Angelegenheit rein politischer Erwägung zu befassen. Das ganze Reichskabinett teile jedoch den Stand-

Koks und Kohlen beschlagnahmt.

Franzosen und Ruhrzustand.

Düsseldorf, 20. Mai.

Eine Mitteilung des amtlichen französischen Bureaus Havas besagt: Um die Fortsetzung der Versorgung der Entente-Länder und der Eisenbahnregie im besetzten Gebiet mit Kohle sicherzustellen, hat die Micom beschloffen, einen Teil der den Ruhrgruben gehörenden Koks- und Kohlenlager mit Beschlag zu legen. Aus Frankreich werden Ladungsmannschaften herangezogen werden.

Das Andauern des beklagenswerten und jeden Tag Millionen von Goldmark Schäden bringenden Zustandes in den Ruhrkohlenbergwerken hat also nunmehr zu einem Eingreifen der Besatzungsbehörden geführt, dessen Tragweite gar nicht abzusehen ist.

1 Million Arbeiter beschäftigungslos.

Die Gewerkschaften teilen mit, daß seit Beginn der Woche eine Million Arbeiter entweder durch Aussperrung oder durch notgedrungenen Stilllegung der Betriebe infolge Kohlenmangels beschäftigungslos sind. Durch die Ablehnung des Berliner Schiedsspruches auf den Ruhrkonferenzen der Bergarbeiter ist die Lage sehr kritisch geworden. Auf keiner der Zechen sind die Bergarbeiter angefahren. Auf vielen Zechen blieben die Arbeiter fern, die noch in der vergangenen Woche Notstandsarbeiten ausführten. Auf verschiedenen Zechen wurden auch Beamte gehindert, Notstandsarbeiten auszuführen. Der Hoerde-Berein Rhönitz macht durch Anschlag bekannt, daß er die gesamten Betriebe wegen Kohlenmangel stilllegt.

Inzwischen ist in Berlin der aus fünf Sachverständigen bestehende Ausschuss zusammengesetzt, um ein Gutachten über die Frage abzugeben, welche Arbeitszeit im Ruhrbergbau als zu Recht bestehend anzusehen ist. Die Bergarbeiterverbände erklären, die Ausführungen des Zechenverbandes in dieser Angelegenheit seien unhaltbar, die Beschlüsse der Verbände hätten nach wie vor Geltung. Auch der Hirsch-Dundersche Gewerksverein und die polnische Berufsvereinigung haben den Berliner Schiedsspruch bezüglich seiner Bestimmungen über die Tehtarbeit

punkt der Preussischen Regierung, daß zurzeit die Leidenhaftigkeit der innerpolitischen Kämpfe solche Formen angenommen hat, daß Versammlungen unter freiem Himmel, bei denen diese Gegensätze erfahrungsgemäß zu ernstlichen Ausschreitungen führen, einstweilen nicht gebildet werden können.

Sozialdemokratische Anfrage über Halle.

Die Vorgänge in Halle a. d. S. hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht, in der es heißt: 1. Konnte das Staatsministerium nicht voraussehen, daß die Denkmalsweiche in Halle zu monarchistischen und militaristischen Kundgebungen ausgenutzt werden würde? 2. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um für die Zukunft zu garantieren, daß in Preußen wie bisher die öffentliche Ordnung gegen alle Propagandisten des Bürgerkrieges unbedingt gesichert wird?

Die Einstellung des Verfahrens gegen Rahr usw.

Zur Einstellung des Verfahrens gegen Rahr, Loffow und Seifert teilt der Staatsanwalt beim Landgericht München I mit, nach abermaliger Prüfung des Verhaltens der Genannten sei nicht erwiesen, daß sie am 8. November den ersten Versuch hatten, bei dem hochverräterischen Unternehmen Hitler's mitzutun, und daß sie sich somit des Verbrechens des Hochverrats oder der Beihilfe schuldig gemacht hätten. Auch sei nicht bewiesen, daß ihr Verhalten vor dem 8. November den Tatbestand einer strafrechtlichen Handlung erfüllte.

Die Landwirtschaft Württembergs über das Gutachten.

Der Landesausschuss des landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern hat in einer einstimmig angenommenen Entschliebung zum Ausdruck gebracht, daß die Landwirtschaft eine bedingungslose und glatte Annahme des Sachverständigen-Gutachtens durch die Reichsregierung als eine die deutsche Wirtschaft bis auf ihre Grundwurzel zerstörende Tat ansehen müßte.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Ermittlungen in Sachen des Kommunisten Bozenhardt, der den russisch-deutschen Friedensfall verursachte, sind abgeschlossen und alle Verhältnisse nach Starograd überliefert worden.

Frankfurt a. M. Ein für nächsten Sonntag geplanter Wettbewerb von Sportverbänden mit Massenausflug ist verboten worden.

Kassel. Die Behörde hat den für den 31. Mai und 1. Juni in Aussicht genommenen deutschen Tag in Kassel, wobei Kundgebungen unter freiem Himmel vorgezogen sind, verboten. Die Feiern in geschlossenen Räumen können stattfinden.

Kleine Nachrichten

Gesplanter Reichstagsstund.

Berlin, 20. Mai. Die kommunistische Reichstagsfraktion plant, wie man in parlamentarischen Kreisen sich erzählt, schon in der Eröffnungssitzung des Reichstages einen großen Skandal zu provozieren. In dieser ersten Sitzung findet bekanntlich bloß ein Namensaufruf der Reichstagsabgeordneten behufs Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses statt. Bei der Besetzung des Namens „Ludendorff“ soll nun der Lärm von kommunistischer Seite losgehen.

Hauptversammlung des Verbandes deutscher Landkreise.

Berlin, 20. Mai. Der Verband der Deutschen Landkreise tritt in dieser Woche zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in Bamberg zusammen. Die Vertreter aller preussischen, hessischen, thüringischen, braunschweigischen usw. Landkreise, der bayerischen und sächsischen Bezirke, der württembergischen Amtsvorständen und der mecklenburgischen und ostpreussischen Ämter werden über Verwaltungsfragen, insbesondere über das allgemeine in brennende Kreditbedürfnis sowie über die Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern, Gemeinverbänden und Gemeinden verhandeln.

abgelehnt. Weiter wenden sich die vier Bergarbeiterverbände gegen die radikalen Bestrebungen, den Kampf zu verschärfen und die Notstandsarbeiten zu verhindern. Nur die Anordnungen der Organisationen seien zu befolgen, politische Ausnutzung des Konflikts müsse unterbleiben. An verschiedenen Orten sind Notstandsmaßnahmen für die hungernden Frauen und Kinder der Bergleute unabwendbar geworden.

Verhaftungen von Kommunisten.

In Bochum hat die Polizei eine Hausdurchsuchung in dem Bureau der kommunistischen Union der Hand- und Kopfarbeiter abgehalten und zahlreiche Mitglieder dieser Organisation verhaftet. Das Vorgehen der Polizei ist eine Folge des stattgefundenen kommunistischen Betriebsräte-Kongresses, dessen Verlauf die Polizei auf Aufreizung zum Klassenkampf und schwere Gefährdung der Ordnung und Sicherheit betraachtet. Der Kongress hatte die rücksichtslose Fortsetzung des Streiks mit allen Mitteln beschlossen.

Verschärfte Lage im Ruhrgebiet.

Hamm, 21. Mai. Ueber die Lage im Ruhrgebiet erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Auf einigen Zechen in Reddinghausen und Herne mehren sich die Zahl der Arbeitswilligen, die aber machtlos sind, da die Kommunisten alle Arbeitswilligen an den Zugangsstraßen abfangen und verhindern, daß sie den Zechenplatz betreten. Auf dem Wege von Scherleboch nach Reddinghausen sind Radfahrerpatrouillen festgestellt worden, die anscheinend die Arbeitswilligen abfangen sollen. In Marl fanden gestern erhebliche Belästigungen der Arbeitswilligen statt, so daß die Polizei eingreifen mußte. Ähnliches wird aus Langenbochum gemeldet. In Bottrop wurde die Zechen Prospekt von den Belgiern besetzt. Die Zechen liefern das Gas für die Stadt Bottrop, es wird daher angenommen, daß die Besetzung erfolgte, um die Gasversorgung der Stadt sicher zu stellen. In Bochum fand eine Versammlung der kommunistischen Jugend statt. Der Referent forderte die Jugendlichen auf, sich an die Spitze der Kämpfer zu stellen, um den Kampf zu einem allgemeinen Kampf zu machen. Es werde vor keinen Mitteln zurückgeschreckt werden. Bei allen Zechen seien Streikposten aufzustellen, so daß keine Notstandsarbeiten verrichtet werden könnten.

Ein Beschluß der Internationalen Rheinlandkommission. Wiesbaden, 20. Mai. Das „Echo de Rhin“ hat gemeldet, daß die Internationalisierte Rheinlandkommission in ihrer Sitzung am 15. d. M. beschloffen habe, die bisher staatliche Polizeiverwaltung in Wiesbaden der Stadtverwaltung zu unterstellen.

Vorworfende weitere Stilllegungen.

Duisburg, 20. Mai. Die Stilllegung der Zechen macht sich mit jedem Tage mehr in den Duisburger Hüttenwerken bemerkbar. Wenn die Kohlenzufuhr nicht bald wieder einsetzt, ist mit weiteren Betriebsstörungen zu rechnen. Ein Hochofen wurde in dieser Woche abgedrückt, die Arbeiter wurden beurlaubt.

Beschaffung zweier Wiener Bankiers.

Wien, 20. Mai. Der künftige Wiener Bankier Siegmund Messer, der sechsundertausend Schweizer Franken unterschlagen hatte, ist nach einer hier eingelaufenen Meldung auf Grund eines gegen ihn erlassenen Strafbeschlusses an der schweizerischen Grenze verhaftet worden. Der Wiener Bankier Buchal, der bereits vor einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, ist ebenfalls verhaftet worden. Seine Verbindlichkeiten werden auf eine Million Kronen geschätzt.

Arbeiteraussperrungen im Saargebiet.

Paris, 20. Mai. Nach einer Meldung aus Straßburg hat das Hüttenwerk in Dillingen (Saargebiet), das achttausend Arbeiter beschäftigt, seinem gesamten Personal zum 1. Juli gekündigt. Die anderen Werke im Saargebiet werden, wie verlautet, demnächst diesem Beispiel folgen.

Anleihe für Belgien?

Paris, 20. Mai. „Chicago Tribune“ behauptet, daß unmittelbar nach der Rückkehr der belgischen Minister von ihrer Besprechung mit Radonad in Chequers in Brüssel eine Konferenz zwischen Ministerpräsident Theunis und amerikanischen Bankiertrern über eine Anleihe für Belgien stattgefunden habe. Die Amerikaner hätten geraten, die Verhandlungen aufzuschieben, bis die Reparationsfrage sich etwas mehr geklärt habe.

Militärpflicht in Guxen und Malmédy.

Brüssel, 20. Mai. Wie gemeldet wird, werden in diesem Jahre zum ersten Male die militärschuligen jungen Männer aus Guxen und Malmédy zum belgischen Heeresdienst eingezogen werden.

Abberufung General Wehgangs.

London, 20. Mai. General Wehgang soll den Posten eines französischen Oberkommandanten in Syrien aufgeben. General Wehgang war Oberkommandant im französischen Mandatsgebiet Syrien. Die Berufung Wehgangs, der die rechte Hand Marshall Fochs war und 1920 den politischen Widerstand gegen den Ansturm der bolschewistischen Armeen vor den Toren Warschau organisierte, wies auf die schweren Aufgaben hin, die Frankreich in Syrien zu lösen hatte. Wehgang ging mit brutaler Faust gegen die Syrer vor, erreichte aber nur, daß der Widerstand immer kraftvollere Formen annahm. Vor wenig Wochen wurde Wehgang zur Verhaftung nach Paris befohlen. Seine Tätigkeit scheint an der Seine nicht befruchtigt zu haben.

Vor neuen Streiks in England.

London, 20. Mai. Ungefähr 5000 Londoner Hafenarbeiter beabsichtigen, die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen nicht eine sofortige Lohnzulage von 12 Schilling pro Woche zugesprochen wird. Andererseits erklärt man, daß der Transportarbeiterverband demnächst zu einer Beratung zusammentritt, um die Lohnforderungen der Omnibusfahrer zu erörtern. Diese drohen gleichfalls mit Streik.

Memorandum von Litauen unterzeichnet.

London, 20. Mai. Die Remerkonvention, die vor kurzem von den Vertretern der alliierten Mächte in Paris unterzeichnet worden ist, ist nunmehr auch von Litauen unterzeichnet worden.

Vor der Abreise des Zeppelin III.

Newyork, 20. Mai. Der Vizepräsident der Goodyear Zeppelin Corporation, Herr Lehmann, reist nach Friedrichshafen, um an den letzten Vorbereitungen zum Abflug des Zeppelins teilzunehmen. Die Deutschen tragen das Risiko bis zur Abreise in Lakehurst.

Tuberkulosebehandlung mit Fleischsaft. Professor Nisch hat in der letzten Sitzung der französischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über eine neue Behandlungsmethode der Tuberkulose, nämlich mit Hilfe von Saft von trockenem und rohem Fleisch, gehalten. Nisch hat bereits früher gezeigt, daß rohes Fleisch ein Schutzmittel für tuberkulöse Hunde bildet. Alle diese Hunde, die mit dem Saft von Fleisch gefüttert wurden, blieben am Leben, während die anderen (ohne) eingingen. Auf den Menschen kann diese